

29.11.89

Antrag

des Landes Niedersachsen

zur

EntschlieÙung des Bundesrates zu aktuellen Herausforderungen der Arbeitsmarktpolitik

- Antrag des Landes Baden-Württemberg -

Punkt 12 der 607. Sitzung des Bundesrates am 1. Dezember 1989

Der Bundesrat möge beschließen:

Abschnitt II, Ziffer 3.1

In Abschnitt II ist in Ziffer 3.1 folgender Absatz anzufügen:

"Zur Erhöhung der Effizienz der Vermittlung bittet der Bundesrat die Bundesregierung und die Bundesanstalt für Arbeit zu prüfen, ob in stärkerem Maße die private Vermittlung von Arbeitsplätzen zugelassen werden kann. Dabei sind auch Modelle denkbar, bei denen private Vermittler im Auftrag der Bundesanstalt Aufgaben der Arbeitsvermittlung wahrnehmen. Das Entgelt für die Vermittlung wäre von den zukünftigen Arbeitgebern zu entrichten."

Begründung (nur gegenüber dem Plenum):

Viele Arbeitnehmer und Betriebe nehmen die Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit nicht in Anspruch. Die differenzierte Arbeitswelt erfordert ergänzende private Einrichtungen, die Arbeitnehmer schneller und effektiver vermitteln können.

Ausgeliefert am
3.0. NOV. 1989

491/3/89

- 2 -

Angesichts der stark steigenden Zahl von Aus- und Übersiedlern erscheint es um so dringlicher, alle Chancen zu nutzen, um das vorhandene Arbeitsplatzangebot voll auszuschöpfen.